

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erzheint 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger u. auto. Verkäufern frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M., durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amthches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Mittelstr. 12. Fernruf Nr. 1015, 1016, 1017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Neblamette 1.25 M.; außerhalb 35 Pf., Neblamette 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 50%, pro 1000.

Nummer 315

Freitag, 10. Juli 1919.

73. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Drahtmeldungen der „Wiesbadener Zeitung“.

Wilsons Begrüßung durch die Marine.

mz. Amsterdam, 10. Juli.

Drahtlos wird aus New-York gemeldet, daß ein Geschwader von vier Dreadnoughts und sechsunddreißig Torpedojägern dem „George Washington“ entgegenfuhr. Auf der Höhe von Sandyhook feuerte es Salutschüsse ab. Außerdem hatten fünfundzwanzig andere Kriegsschiffe, darunter die „Pennsylvania“, auf der sich Vizepräsident Marshall und mehrere Mitglieder des Kabinetts befanden, Befehl, Wilson bei der Hafeneinfahrt zu eskortieren.

mz. New-York, 9. Juli. Wilson ist gelandet und wurde von einer riesigen Menschenmenge begrüßt. Er fuhr nach der Carnegie-Hall, wo er eine Rede hielt und darüber sprach, was die Nationen von Amerika erwarten, daß diesen Erwartungen gerecht werden müsse. Wilson erklärte, das Werk des Friedens habe erst begonnen, als der Friede unterzeichnet worden sei.

Deutsche Frauen für den Kaiser.

mz. Berlin, 10. Juli.

Die Vereinigung deutscher Frauen richteten an die Königin der Niederlande eine Drohung, in der sie die herzliche Bitte ausdrückte, der Andenken des früheren Kaisers nicht huldigen zu wollen.

Eisenbahnerstreik im Bezirk Kattowitz.

mz. Kattowitz, 10. Juli.

Die Presseschele teilt mit: Der Eisenbahnerstreik in Tarnowitz dauert noch an. Eine Einigung ist noch nicht erzielt. Die Verhandlungen gehen weiter. Der Zugverkehr erfährt noch weitere Einschränkungen.

Ein Dynamitanschlag.

mz. Kattowitz, 10. Juli.

Die Streiklage im Kattowitzer Bezirk ist unverändert. Dem Direktor der Donnermark-Gruben wurde diese Nacht eine Dynamitpatrone vor das Wohnhaus gelegt und zur Explosion gebracht. Menschenleben sind nicht zu befürchten.

Lebensmittelkundgebung in Biedenkopf.

mz. Marburg, 10. Juli.

In Biedenkopf veranstalteten gestern die Hüttenarbeiter aus der Umgebung auf dem Marktplatz eine große Demonstration wegen der Lebensmittelversorgung. Es fanden dabei einige Ausschreitungen statt.

Hessische Beamtenfürsorge.

mz. Darmstadt, 10. Juli.

Die hessische Volkskammer nahm heute die Regierungsvorlage betreffend laufende Teuerungszulagen an Staatsbeamte und Staatsbedienstete an. Nach dem Ausschussantrag erhalten danach die im Staatsdienst befindlichen Beamten und Bediensteten einen Familienzuschuß von jährlich 2000 Mark, außerdem eine Zulage von 500 Mark für jedes zu berücksichtigende Kind. Staatsbedienstete unter 21 Jahren und die noch nicht ein Jahr im Staatsdienst Beschäftigten erhalten Beihilfen bis zur Höhe von 80 Prozent der genannten Höhe. In den Ruhestand getretene Beamte erhalten eine außerordentliche Beihilfe von 1200 Mark, die Witwen 700 Mark und daneben für jedes zu berücksichtigende Kind eine Sonderzulage von 500 Mark. Volkswaisen erhalten eine Beihilfe von 700 Mark.

Kabinettsreise in Ägypten.

mz. Paris, 10. Juli. (Havas.)

Wie der „Temps“ aus Kairo berichtet, hat Lord Paascha demissioniert.

Frankzösische Kammer.

Die Staatsfinanzen.

mz. Paris, 10. Juli. (Havas.)

Die Kammer erörtere gestern das Projekt zwischen dem Finanzministerium und der Bank von Frankreich über einen neuen Vorschlag von 15 Milliarden an den Staat. Die Bank wird auch ermächtigt, ihren Emissionsbetrag von vier Milliarden zu erhöhen. Finanzminister Auloy erklärte, daß die budgetären Einnahmen größer geworden sind und im letzten Monat 104 Millionen ergaben. Die Schwere seien von einer Milliarde auf 2.89 Milliarden gestiegen, ebenso die Ausgaben für die nationale Verteidigung von 1500 auf 2112. Die Kammer wolle die Leistungen Deutschlands, die in Kohlen, Holz, chemischen Produkten und Rohmaterialien bestünden, zu würdigen. Er sei überzeugt, daß keine Maßgabe vorhanden sei, sich entschlüsseln zu lassen. Es sei notwendig, daß sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Wohle ihrer Solidarität erinnern und nicht vergaßen, daß Produktion und Arbeit notwendige Seiten seien.

Kriegsanleihen als Zahlungsmittel.

Die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die Deutschland durch den Verlust des Krieges und durch den Anarchismus im Innern geschleudert wurde, haben die allgemeine deutsche Finanzlage geradezu trostlos gemacht. Eine Folge war naturgemäß auch das Sinken der deutschen Kriegsanleihen auf dem inneren Markt. Welch furchtbare Lage für die große Zahl der Kleinrentner, die in vaterländischer Begeisterung den größten Teil ihres Vermögens oder alles in Kriegsanleihe angelegt hatten, daraus entstehen mußte, braucht nicht im einzelnen nachgewiesen zu werden. Aber auch für Großkapitalisten, Sparanstalten, Gemeinden und produktive Werke, die zum Teil mit einer ganzen Reihe von Millionen an den Kriegsanleihen beteiligt sind, ist der Verlust durch die Kursbaisse unabweisbar. Sie bedeutet einen ebenso großen Verlust an Nationalvermögen.

Herrn Erzbergers Mitteilung, daß staatliche Abgaben, Steuern und dergleichen, in Kriegsanleihe gezahlt werden können, die von den Zeichnern zum Vorzins angenommen wird, hat daher, namentlich im Hinblick auf die gewaltigen Abgaben in jeder Form, die demnächst wie ein Sturzregen über Reich und Arm herniedergehen werden, tröstlich gewirkt. Der Gedanke Erzbergers ist aber nicht neu. Er stammt von unserem Wiesbadener Mitbürger Herrn Louis Friedenheim, der schon vor längerer Zeit, als der alte deutsche Reichstag noch arbeitete, in einem Schreiben an Herrn Reichs- und Landtagsabgeordneten Bartling den Vorschlag machte, durch Reichsgesetz die Kriegsanleihe zum Vorzins als gesetzliches Zahlungsmittel wenigstens soweit anzuerkennen, daß die Wehr- und Kriegskosten damit bezahlt werden könnten. Herr Abgeordneter Bartling hatte den Gedanken der nationalliberalen Fraktion unterbreitet, und ihrem Einsehen, trotz geltend gemachter Schwierigkeiten und Bedenken, ist es zu verdanken, daß der Vorschlag des Herrn Friedenheim vom Reichstag zum Beschluß erhoben wurde. Herr Erzberger hat jetzt diesen Vorschlag wieder aufgenommen und es darf wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Nationalversammlung einen ähnlichen Beschluß wie der frühere Reichstag fassen wird. Viele schwere Sorgen der Anleihebesitzer werden dadurch verringert werden, und ein großer Teil des für vaterländische Zwecke bereitgestellten Vermögens an Rentkapitalien, Kündelgeldern, Spar-, Lebensversicherungen, Gemeindegeldern, produktiv angelegten Kapitalien usw. wird auf diese Weise gerettet werden. Der Wert der Kriegsanleihen für die Zeichner (den Käufern) wird der Tageskurs anerkennen ist vom Kurse nicht mehr abhängig; dem Nationalvermögen werden gewaltige Werte erhalten, die sonst das Spiel des Börsenverkehrs verschlungen hätte.

Und das verdankt das deutsche Volk dem guten Gedanken unseres Wiesbadener Mitbürgers.

Nach Friedensschluß.

mz. Amsterdam, 9. Juli.

General Smuts hielt in Manchester eine Rede, in der er sagte, das britische Reich sollte seine vorherrschende Stellung im Geiste der Freiheit bewahren. Amerika sollte seine Hilfsquellen dazu benutzen, um Europa wieder auf die Beine zu helfen. Es liege im Interesse Amerikas, Europa wieder auf die Beine zu richten.

mz. Amsterdam, 9. Juli.

Den englischen Blättern vom 7. Juli zufolge antwortete Präsident Wilson vom Dampfer „George Washington“ auf drohende auf die Kritik der Männer, die dafür eintreten, daß Amerika zur Politik der isolierten amerikanischen Nationalismus zurückkehren solle. Der Präsident erklärte, daß Amerika sich in den Dienst der Menschheit stellen müsse, und daß er wahrscheinlich eine Kampagne für dieses Ziel in den Vereinigten Staaten führen werde, weil er der Ansicht sei, daß es notwendig sein werde, die Verfassungen anzuführen, die er der Pariser Konferenz bezüglich Amerikas Vorentscheid, seinen Teil an den Kosten aus der Neuordnung der Dinge zu übernehmen, gegeben habe.

mz. Bern, 9. Juli.

Nach schweizerischen Blättermeldungen beschäftigen sich die deutschamerikanischen Blätter mit der Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen Amerikas mit Deutschland, und stellen fest, daß in Deutschland die Wahl eines geeigneten Vorkämpfers für Amerika sehr schwer sein werde. Washington benötige einen Mann, der nicht mit dem alten System zu tun habe. Eine Kandidatur Bidnowitsch würde in Amerika gute Aufnahme finden, aber es sei zweifelhaft, ob Bidnowitsch sich zur Verhängung stellen werde. Die Vereinigten Staaten würden auch einen Mann etwa von der Art des verstorbenen Wallin gern sehen. Ebenso bedeutungsvoll sei die Wahl des amerikanischen Vorkämpfers für Berlin. Außerdem gefährlich wäre es, nach Berlin einen Mann zu senden, der der deutschen Nationalität mit Vorurteilen ansehe. Der amerikanische Vorkämpfer müsse loyal sich mit dem neuen Kurs in Deutschland abfinden und kein Maßstabes um, um Deutschland bei der Wiedergewinnung der verlorenen Weltfreundlichkeit behilflich zu sein. Man müsse dafür einen Mann wählen, der Sympathie für das deutsche Volk und Vertrauen in die neue Republik habe, und der entschlossen sei, Deutschland seine volle Unterstützung in diesem kritischen Augenblick zuteil werden zu lassen.

Einigung in der Schulfrage in Preußen.

Die Provinzen in Schulfragen autonom.

Weimar, 9. Juli.

Die Verhandlungen zwischen den preussischen Ministern und den Vertretern des Reichsministeriums des Inneren und der beteiligten Parteien über die Frage des Schulkompromisses haben zu einer Einigung in Preußen geführt. Die preussischen Minister haben sich zu einer Nachgiebigkeit bereitfinden lassen, die sich darin äußert, daß die Zuständigkeit in Schulfragen in Preußen von der Landesregierung auf die Provinzialregierung, also in erster Linie auf die Provinziallandtage, abgehoben werden soll. Es tritt dadurch in Schulfragen eine Autonomie der Provinz ein, die den konfessionellen Wünschen der betreffenden Bevölkerung Rechnung tragen soll. Die Kompetenzen der Provinzialverordnungen werden denselben Einschränkungen unterliegen, die nach dem Schulkompromiß im Reich der Schulverordnungen der Einzelstaaten auferlegt worden sind.

Der Rücktritt Wiffels noch nicht entschieden.

Weimar, 9. Juli.

Neben den Verhandlungen, die im Plenum vor sich gehen, beschäftigen sich die parlamentarischen Kreise immer noch mit dem Rücktritt Wiffels. Er betrifft in erster Linie die sozialdemokratische Fraktion, da Wiffel und seine Politik ein Vertrauensvotum des letzten sozialdemokratischen Parteitag bekommen haben. Erst nachdem die Fraktion Stellung genommen hat, wird die Angelegenheit zur Entscheidung reif werden.

Wann endet der Kriegszustand?

Berlin, 9. Juli.

Wie die Berliner „Völkzeitung“ meldet, wird die Frage, welches Datum als Ende des Krieges zu gelten habe, durch eine Verfassung der Regierung gelöst werden. Nach der Notifikation wird der Reichspräsident eine Verfügung über die Beendigung des Kriegszustandes erlassen. Diese Verfügung muß erlassen werden, weil manche Verträge noch geraume Zeit nach Beendigung des Kriegszustandes Geltung haben.

Die Unruhen in Italien.

mz. Amsterdam, 10. Juli.

In einem Telegramm über die Streiks und Unruhen in Italien berichtet der römische Korrespondent des „Daily Herald“ u. a., daß sich in Florenz die Kavallerie weigerte, die Aufständigen anzugreifen. In Perugia, Mantua, Bologna, Viterbo, Terni, Vittoria, Pisa, Verona, Bergamo und Mail wurde am Samstag der Generalstreik erklärt. Die Regierung macht Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Bewegung nicht auf die Großstädte des Landes übergreife. Sie beauftragte die Prefekten, die Preise um die Hälfte herabzusetzen. Die Arbeiterkommissionen veröffentlichen ein Manifest, in welchem sie die Arbeiter zur Ruhe mahnen. — Der Ministerrat tagt fast dauernd.

Aus Palermo meldet der Berichtshatter, daß dort am Samstag der Generalstreik ausgerufen wurde. Hunderttausend Arbeiter zogen unter dem Ruf „Nieder mit den hohen Preisen!“ durch die Straßen und zertrümmerten die Aushängeschilder der Geschäfte. Dabei kam es zu scharfen Zusammenstößen mit den Truppen. Mehrere Aufständische wurden schwer verwundet, mehrere hundert verhaftet.

Die Streitwelle.

mz. Brüssel, 9. Juli. Die Kämpfer sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen den Achtundentag und eine Gehaltssteigerung. Die Hotelkette hat in gewissen Punkten Zugeständnisse gemacht, während sie andere Forderungen ablehnt.

mz. Paris, 9. Juli. Die Abgeordneten der Beamtenvereinigungen sind gestern von Clemenceau empfangen worden. Nach der Unterredung erklärten sie, man habe sie sehr zuvorkommend behandelt; sie hätten die Hoffnung, daß ihre Forderungen bald in Erfüllung gehen würden.

mz. Stockholm, 9. Juli. (Havas.) Am Samstag traten in ganz Schweden die Seeleute in den Streik, da die Meeresfahrer sich weigerten, den Achtundentag und einheitliche Gehälter nach dem allgemeinen Grundgesetz zu gewähren. Der Streik dehnte sich über die ganze schwedische Handelsflotte aus. Das Schiedsgericht hat sich nach Gothenburg, um in dem Konflikt zu intervenieren.

mz. Rio de Janeiro, 9. Juli. (Havas.) Die Eisenbahner von Rio de Janeiro und Umgebung sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen allgemein Ausbesserung der Löhne und den Achtundentag. Die Maschinen haben sich angeschlossen. Der Verkehr ruht vollständig.

Die Unruhe in Deutschland.

ma. Bei Schießereien in Hannover wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Gesamtzahl der Opfer der Unruhen beträgt bis jetzt fünf Tote und sieben Verwundete. Das Erscheinen der „Neuen Freien Presse“ und „Das Volkrecht“ ist verboten. Drei Kommunistenführer wurden verhaftet; der Hauptführer Gottberg entkam. — Bei nächtlichen Plünderungsversuchen wurde ein Mann in Münster getötet.

In Hamburg fand gestern eine Versammlung der Anhänglichen statt, in der nach längerer Verhandlung die Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstag früh beschlossen wurde.

In Obersachsen sind eine Reihe neuer Streiks aus politischen Gründen ausgebrochen. Es werden die alten Forderungen erhoben auf Aufhebung des Belagerungszustandes, Zurückziehung des Grenzschutzes, Freilassung der politischen Gefangenen. Es streiken in Rudolstadt und im Ansbacher Revier sechs Gruben.

In Godesburg haben die Eisenbahner wegen Lohnforderungen seit gestern im Streik.

Eine Erklärung Ulrichs.

Das dem heftigen Ministerpräsidenten nachstehende „Offenbacher Abendblatt“ bringt unter der Überschrift „Ulrich und die Rheinische Republik“ folgende Mitteilung:

„Unser Ministerpräsident hat zwar früher schon und auch erst am vorigen Donnerstag in der Volkskammer nicht den leisesten Zweifel darüber geäußert, daß er, wie die übrigen Sozialdemokraten in der heftigen Regierung, der Rheinischen Republik“ des Herrn Dorten völlig ablehnend gegenübersteht. Er hat das auch deutlich dem General Mangin gegenüber mündlich zum Ausdruck gebracht. Trotzdem verbreitet man in Offenbach und Darmstadt, in Rheinfelden und im preussischen Rheinland geflüchteten das Gerücht, Ulrich habe sich von Mangin „herumkriegen“ lassen, und der Koblenzer Vertreter der „Dortener Daily Mail“ hat sogar seinem Blatt berichtet, die neue deutsche Republik bestehe aus dem Rheinland, dem Saarländchen und der Rheinpfalz, mit dem Ministerpräsidenten in Darmstadt, und Ministerpräsident Ulrich solle Präsident der neuen Republik werden.“ Wir können auf bestimmte Versicherung, daß es sich hier entweder um eine Zeitungsphantasie oder um einen Versuch handelt, für den Ulrich nichts anderes übrig hat, als ein herabwürdigendes Pochen.“

Ganz klar ist diese Erklärung nicht. Was man Herrn Ulrich zum Vorwurf macht, ist nicht die Zusammenfassung des Rheinlandes mit dem Saarländchen und der Rheinpfalz, sondern die Gründung einer kleineren Mittelrheinischen (oder Rheinischen) Republik. Das ist in der vorstehenden Erklärung nicht abgelehnt. Das Ulrich gegen Dortens Gründung ist, wissen wir schon, das ist nichts Neues; die sozialdemokratische „Dortener Zeitung“ teilte ja schon mit, daß er mit der Gründung einer Mittelrheinischen Republik eine Gegenseite gegen Dortens Rheinische Republik legen wolle.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Erklärung.

Wir verurteilen aufs allerentschiedenste die Dortenschen Machenschaften und alle Vorkämpfer.

Wir lehnen jede Verhinderung deutscher Völkchen ab, weil die Zunahme der Kleinrenten den völligen Verfall des Deutschen Reiches einleiten würde.

Sollten sich dennoch einzelne Kreise unserer nationalliberalen Bundesleute mit dem Gedanken einer Westdeutschen Republik befreunden. Dann verlangen wir, daß die verfassungsmäßigen Zentralorgane diese Angelegenheit nur nach Anhörung der berechtigten Vertreter und der wichtigsten Abweichungen des Reiches erledigen. Für den Fall einer gescheiterten Volksabstimmung fordern wir, daß Nassau bzw. der jetzige Regierungsbezirk Wiesbaden für sich allein frei und ungehindert abstimmt, und daß einer gründlichen Aufklärung unserer nationalliberalen Bundesleute in dieser Frage von keiner Seite die geringsten Schwierigkeiten bereitet werden.

Arbeitsausblick

zur Wahrung der Interessen Nassaus in Fragen des Westdeutschen Kreisaufbaus.

Die Sühne.

Novelle von E. A. Behle.

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Auch Dr. Waring war gerührt, als ihm seine Schüler dankten. Immer wieder schaute er nach dem Knaben, der auf seinen scharfen Tadel hin ordentlich blaß und verdrückt dastand.

Obgleich Waring seinen Beruf liebte und mit einer gewissen Begeisterung die Jugend lehrte, war er doch ein schlechter Kenner der jungen Seelen. All ihren vielen feinen Regungen verstand er nicht nachzugeben. Er verlangte, ohne recht und links zu sehen, von seinen Schülern großen, ungezügelter Fleiß und ein daraus entspringendes gewisses Maß von Willen, wofür er ihnen das Beste gab, was er geben konnte: sein Wissen. Die Knaben, die seinen Anforderungen nicht entsprachen, waren ihm immer nicht als vollwertig erschienen, und er hatte sie mit fähiger Gleichgültigkeit abgetan.

Für diesen blonden, schwächlichen Knaben aber, dessen Fleiß, Aufmerksamkeit und Können doch so oft verlagert, empfand er ein Gefühl der Zuneigung, das ihn, weil es mit all seinen früheren Ansichten im Widerspruch stand, geradezu quälte. Und doch fühlte er dunkel, daß er mit seiner Liebe für den Jungen recht hatte und daß die Leistungen eines Schülers und der äußere Schein nicht maßgebend für dessen Beurteilung sein durften. Wohl hatten der Direktor und die Kollegen ihm dies oft gesagt, es hatten ihm aber immer nur Schall und Worte ohne Sinn gesprochen. Erst seit der Theresen-Sohn erklärte er diese Beiseite von Grund aus und mit ganzer Seele.

So kam es, daß Fritz Lorenz den Primus bedeutungsvoll und triumphierend anblitzte, als Waring am Schluß der Stunde mit ungewöhnlich milder Stimme zu Bernd von Norrem sagte: „Komme heute Nachmittag, so früh du kannst, zu mir, wir wollen alles noch einmal gründlich zusammen durchgehen.“

Von den Dächern, von den Bäumen tropfte es, und allenthalben lag die Luft mit feinsten Wolken bedeckt, die vom Süden am Himmel hin und herzogen dem Norden, daß Zitterweiden und Frühlings unterwurzelt seien.

Mutter Deub stand in ihres Meisters Stube, wo

Deutsches Entgegenkommen gegen Polen.

ma. Versailles, 9. Juli. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Hr. v. Versen, übermittelte gestern vormittag dem Ministerpräsidenten folgende Note:

Die Ausführung des Friedensvertrages im deutschen Osten macht unmittelbar nach der Ratifizierung umfangreiche Vorbereitungen erforderlich. Insbesondere wurde die unvermittelte Zurückziehung der deutschen Behörden aus dem abzutretenden Gebiete unzweifelhaft eine große Verwirrung hervorrufen. Dies soll vor allem für die innere Verwaltung, die Rechtspflege und das Verkehrs-wesen. Die Sicherheit und Ordnung erscheinen umso schwerer gefährdet, als die nationalen Gegenstände in den in Frage kommenden Gebieten bereits seit in einer starken Erregung der ganzen Bevölkerung gefährt haben. Die deutsche Regierung hält deshalb die beschleunigte Einstellung unmittelbarer Verhandlungen mit der polnischen Regierung für unerlässlich. Das Ziel der Verhandlungen würde sein, unter Hinzuziehung vor allem auch der beteiligten preussischen Ressorts, eine geordnete Übergabe und Überleitung der einzelnen Verwaltungszweige sicherzustellen und die Einzelheiten über die planmäßige Zurückziehung der preussischen Beamten festzulegen. Die Verhandlungen würden mit Rücksicht auf Umfang und Verteilung der preussischen Dienststellen am besten in Berlin stattfinden. Den polnischen Delegierten würden für diesen Fall alle erforderlichen Einrichtungen gewährt werden. Es wird um baldige gegenseitige Mitteilung darüber gebeten, ob die polnische Regierung diesem Vorschlag zustimmt und bereit ist, mit größtmöglicher Beschleunigung ihre Vertreter zu benennen und den Zeitpunkt ihres Eintreffens in Berlin mitzuteilen.

Der Prozeß des bayerischen Militärministers Schneppenhorst.

Die Haltung, die der bayerische Minister für militärische Angelegenheiten Schneppenhorst bei der Gründung der Räterepublik an den Tag gelegt hat, bildet den Gegenstand eines Verurteilungsprozesses, der vor dem Münchener Schwurgericht begonnen hat. Wegen des früheren verantwortlichen Redaktions der bayerischen „Neuen Zeitung“, Adolf Rutt, war vom Gesamtministerium wegen Befehlshaber des Militärministers Strafantrag gestellt worden auf Grund eines Artikels, der den Vorwurf enthalte, daß Schneppenhorst trotz seiner Eigenschaft als Minister der provisorischen Regierung Hoffmann an den auf den Sturz dieser Regierung gerichteten Bestrebungen teilgenommen habe. Schneppenhorst sei bereit gewesen, die Garnison Nürnberg für die Ausrufung der Räterepublik zu gewinnen. Er habe gemeint und schändlich gehandelt, indem er einen Gedanken, den er vertreten und für den er zu wirken versprochen habe, vier Wochen später mit Handgranaten, Maschinengewehren und Geschützen habe niederzulegen lassen. In einer Sitzung, die der Gründung der Räterepublik vorausging, habe Schneppenhorst erklärt, daß er in Augsburg schon eine rote Garde von 1000 Mann zur Verfügung habe, daß die Verhaftung des Obersten Epp, des Führers des bayerischen Freikorps, erfolgen und daß allen Verweigerern der Weissen Garde in Bayern mit der Todesstrafe gedroht werden solle. — Militärminister Schneppenhorst hat sich der Befehlshaberschaft als Nebenkläger angeschlossen. Die große Rolle der geladenen Zeugen weist die Namen fast aller an der Gründung der Räterepublik hervorragend beteiligten Persönlichkeiten, soweit sie noch am Leben sind, auf. Eine Anzahl der Zeugen wird aus der Straßhaft unter Untersuchungshaft vorabgeführt.

Der Angeklagte Rutt erklärt, der Artikel komme nicht von ihm; er habe ihn aber aufgenommen, weil er von seiner Wahrheit überzeugt gewesen sei. Alle Informationen aus den Kreisen der Teilnehmer an der entscheidenden Sitzung lauteten dahin, daß durch das fragwürdige Verhalten Schneppenhorsts die Bewegung für die Räterepublik erst in Fluss gekommen sei; man handelte allgemein unter dem Eindruck, es könne nun nicht mehr fehlen, da auch Schneppenhorst mitmache. Zwei Tage später blieb es, Schneppenhorst sei umgefallen. Daß der Minister auf seinem Posten blieb und dann die Truppen gegen München marschieren ließ, das habe allgemeine Empörung geweckt.

Sehr belastend für Schneppenhorst sind bis jetzt die Aussagen des Dr. Böhler, des ehemaligen Kommandanten für Wohnungswesen, ferner die Aussagen des Schriftstellers Erich Mühsam.

Das Urteil.

ma. München, 10. Juli. In dem seit vergangenen Samstag vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelten Prozeß des bayerischen Militärministers Schneppenhorst gegen

nach dem Himmel und betrachtete dann wieder zweifelnd den Ofen und die Kohlenhaufen in ihrer Hand.

„Soll ich wirklich noch 'n bißchen anschauen, Herr Doktor? Es ist rein schade um die Kohlen bei dem milden Wetter.“

„Schauen Sie nur noch einmal, Frau Deub; Bernd von Norrem kommt zur Privatstunde — er fñert leicht.“ Kopfschüttelnd tat Mutter Deub dem Herrn Doktor den Willen. Sie mußte sich überhaupt die letzten Monate oft über ihren „müßigen Herrn“ wundern. Immer hatte sie gemeint, sie kenne ihn durch all die langen Jahre, die er bei ihr wohnte, ganz genau; aber nein, man wird so alt, als wies'ns Gaus und lernt immer noch nicht aus.

Sie hatte nun immer gemeint, der liebe Gott hätte bloß in seinem Horn den Dr. Waring als Lehrer geschaffen, denn der hatte in seiner heissen, artedarmischen Art für die Jugend gerade so auf, wie ihr altes, heisseiniges Nippstosa zum Tanten. Aber, seitdem die Privatstunden mit dem Norrem losgegangen waren, hatte er sich so ganz allmählich umgekrempelt.

Seitdem stand in einer dunklen Ecke verstaubt eine blaßblaue Flasche — für alle Fälle! Weil der Bernd von Norrem einmal einen leichten Ohnmachtsanfall bekommen hatte. Und das Zimmer wurde immer überheizt, obgleich er das Wärme nicht leiden konnte. Und wenn sie ihm nachmittags den Kaffee brachte, konnte sie schon von vornherein eine Tasse für den Landratssohn dazu stellen. Aber geradezu sprachlos war sie gewesen, als der Doktor neulich in die Küche hinausgegangen war und — wenn auch ein bißchen verlegen, aber doch tatsächlich in richtigen, verständlichen, deutschen Worten — verlangt hatte, sie solle Kuchen besorgen. Strengelustig! Den ähe der junge Norrem am liebsten.

Mutter Deub raffte sich aus ihrem verwunderten Sinn, auf, warf noch ein paar Kohlen in den Ofen und alng, mit einem ratlosen Blick auf ihren langhaarigen Meis-herrn, kopfschüttelnd zum Zimmer hinaus, um dem Ueberher von all diesen fremdartigen Erscheinungen, Bernd von Norrem, die Tür zu öffnen.

Waring nickte dem Eintretenden freundlich zu.

„Nun mache einmal ein bißchen flott, mein Junge, dein Platz und meine Kenntnisse warten schon auf dich.“

Mit einem Seufzer legte Bernd seine Bücher auf den Tisch und setzte sich seinem Lehrer gegenüber.

den verantwortlichen Schriftleiter der „Neuen Zeitung“, Rupp, wegen Beleidigung wurde gestern das Urteil gefällt. Die Geschworenen bejahten folgende Schuldfragen: Ist der Angeklagte schuldig, einen Beamten infolge auf seinen Beruf beleidigt zu haben? Ist er schuldig, infolge auf einen anderen, und zwar infolge auf seinen Beruf, Tatsachen behauptet und verbreitet zu haben, die nicht nachweislich wahr und geübelt sind, ihn verächtlich zu machen und ihn vor der Öffentlichkeit herabzusetzen? Das Urteil lautete auf 800 Mark Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in der „Neuen Zeitung“ und im „Kampf“.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 12. Juli.

Stadtkämmerer Wagemann. Wie wir hören, beging am Mittwoch Stadtkämmerer J. Wagemann in selbener Verpfändung und geistlicher Fröhe seinen 80. Geburtstag. Herr Wagemann war lange Jahre Präses des Magistrats und bekleidete auch sonst noch verschiedene Ehrenämter.

Der Volksgottesdienst mit dem Herr Pfarrer Philippi am Dinnelshörschlag einen verheißungsvollen Anfang gemacht hat, soll eine Fortsetzung finden. Die evangelischen Geistlichen der Stadt haben beschlossen, im Juli und August alle 14 Tage einen Gottesdienst im Wald am Sonntag Nachmittag abzuhalten und zwar abwechselnd im Wellsteile und im Kerstale, damit die Sozialreformer aus den verschiedenen Stadtteilen Gelegenheit haben, sich an solchem Gottesdienst zu beteiligen. Der nächste Gottesdienst findet durch Herrn Pfarrer Korthauer am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 5 Uhr, an den Hängelgräbern an der Karstraße statt. Die Volkstanzes wird auf dem letzten Hügelabsatz zwischen dem Nordausgang des Germanenwegs und der Karstraße dicht neben dem Denkmal der Hängelgräber haben. Man gelangt an dem Platz auf dem ersten von der Karstraße hinter den Schießständen nach Karental während breiten Waldweg. Der Kirchenchor der Aingkirche und der gemischte Chor des Christl. Vereins junger Männer Wartburg haben ihre Mitwirkung zugesagt.

Das Fleisch bleibt rationiert. Vom Reichs Ernährungsministerium wurde mitgeteilt: In einer Berliner Zeitung vom 5. Juli wurde gemeldet, daß die zukünftige Reichs-stelle den Plan erwäge, die Rationierung von Fleisch in absehbarer Zeit aufzuheben. Man hoffe, im Laufe der kommenden Monate vom Auslande so reichlich Fleisch einführen zu können, daß die Bewirtschaftung desselben voraussichtlich vom 1. Oktober 1919 ab aufhören könne. Die Mitteilung entbehrt jeder tatsächlichen Begründung. An die Aufhebung der Bewirtschaftung des Fleisches kann vorerst nicht gedacht werden.

Wehr Fett. Vom 1. August ab soll die Fettration pro Kopf auf 150 Gramm erhöht werden. Ein Teil der erhöhten Fettration wird weiter aus ausländischen Fetten bestehen, während der größte Teil aus Margarine aufzukommen soll. Die Margarineerzeugung im Lande konnte bereits derart gesteigert werden, daß mit dem Ablauf dieses Monats der Umfang der Friedensversorgung erreicht werden wird. Dem Reichsausschuß für Dele und Fette ist es gelungen, sich so große Mengen Rohstoffe im Ausland zu sichern, daß es möglich wäre, die Margarineerzeugung gegenüber der Friedenszeit um 50 Prozent zu erhöhen. Diese Möglichkeit schreitet aber, wie die „Post, Ztg.“ mitteilt, bisher daran, daß einmal in den Margarine-fabriken selbst nicht genügend gearbeitet wird, und daß andererseits wichtige Stoffe, vor allem Rohstoffe, fehlen.

Deutsche Seifenfabrik. Wie die „Post, Ztg.“ meldet, werden wir im September zum ersten Mal wieder auf Lieferung von reiner deutscher Seife rechnen können. Auf die Abgabe der Seifenfabrik soll im September Seife mit 80 Prozent Fettgehalt, ferner reine Kernseife mit 60 Prozent Fettgehalt und endlich reine Rasierseife zur Verteilung gelangen. Daraus werden 100 Gramm Seife 1,20 Mark, 100 Gramm Kernseife 80 Pfennig und 50 Gramm Rasierseife 60 Pfennig kosten. Die R.A.-Seife, die bisher auf die Abgabe der Seifenfabrik verteilt wurde, soll in Zukunft marktfrei sein. Auf einen Feinseifenabschnitt können nach Wahl 50 Gramm Feinseife, Kernseife oder Rasierseife bezogen werden.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 7. Juli 2293 gegenüber 2318 am 1. Juli.

Warnung. Der neuerdings hier vielfach von den Mechanikern geübte Gebrauch, das von ihren Kunden zum Mäthern übergebene Schneefeststisch im Schaufenster auszustellen, wobei die Namen der Eigentümer an den Plakettchen befestigt sind, hat ein Frauenzimmer verurteilt, aus der Sache Nutzen zu ziehen. Sie verlangt im Auftrag

Bestimmert sah ihn Waring an.

„Wann bist du gestern Abend zu Bett gegangen?“

„So gegen halb zwei.“

„Und wann aufgestanden?“

„Um sechs Uhr.“

„Dachte ich mir doch schon heute morgen in der Schule, als ich deine müden Augen sah. Na aber, lieber Junge, du müßt dir doch selbst sagen, daß bei so wenig Schlaf selbst kräftigere Menschen als du nicht denkbareig sein können.“

„Ueberhaupt“ — Waring ärgerte ein wenig — „ich fühle, es wäre am besten, wenn du noch einmal freiwillig vom Examen zurücktreten würdest. Wir können doch nicht alle Kenntnisse, die dir noch fehlen, in den paar Wochen bis Examen nachholen. Du machst dann im Herbst das Examen nach, bis dahin können wir mit allem so ziemlich fertig sein, auch deiner Gesundheit ist das besser zu tun. Im Gegenteil, du bist dann vielleicht körperlich so kräftig geworden, daß dir die Kenntnisse nur so aufsteigen.“

Waring hatte sich ganz in Eifer gesetzt und sah nun erwartungsvoll auf den Knaben.

Der hatte ihn mit erbittertem Gesicht an. Er sah sich während Waring's Rede wieder wie heute mittag mit den Eltern bei Tisch, wo die Mutter, erschreckt durch sein müdes Aussehen, ähnliches angedeutet hatte, und wo der sonst so lächle hofliche Vater in heftigem Zorne aufgesprungen war.

„Eine Schande ein solcher Junge!“ hörte er ihn wieder sagen, und dann an der Mutter gemurmelt: „Du machst deine verärgerte, weichele Erziehung; eiserne Strenge wäre bei diesem Burken besser am Platze gewesen. Erlebe ich aber wirklich noch einmal die Schande, daß mein Sohn durch's Examen fällt, so werde ich — und der Vater hatte eine finstere drohende Beweugung gemacht — „alles Ver-säumte nachholen. Vielleicht bleibt es mir dann dadurch erspart, meinen Sohn als Gemeinen dienen sehen zu müssen.“

„Uebrigens“, hatte er ruhiger geschlossen, „wird es so weit nicht kommen, da man immerhin etwas Rücksicht auf meine Stellung nehmen wird.“

Auch Bernd, obgleich er halb betäubt von der schredlichen Szene gewesen war, hatte sich an diesem letzten Sohe etwas ausgerichtet. Vor allem aber hatte ihn die stille Zu-versicht beruhigt: Dr. Waring, der ja sein bester Freund war, werde es schon nicht zum Abstimmen kommen lassen mit ihm.

(Fortsetzung folgt.)

irgend einer Hausfrau, deren Namen sie im Schaufenster gesehen, das betreffende Stück Schweinefleisch, und in einem Falle hatte sie auch das Glück, daß es ihr auszubändigen wurde. In einem anderen Falle wurde sie abgemieden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie auch noch anderwärts ihr Glück versucht, weshalb wir ihr gewarnt wird. Sie ist etwa 22 bis 24 Jahre alt, ziemlich groß und schlau, hat dunkles, fast schwarzes Haar und als besonderes Kennzeichen unter dem linken Auge einen blauen Fleck, der von einem Stoß oder Schlag herrühren kann. Sie trug dunkles Kleid und dunkle Schürze und war ohne Hut.

Wem gehört die Uhr? Die Kriminalpolizei ist neuerdings wieder in den Besitz einer goldenen Damenuhr mit Monogramm und Widmung gekommen, die im Jahre 1912 hier gefunden wurde. Die rechtmäßige Eigentümerin wird gesucht, ihre Eigentumsansprüche auf der Polizeidirektion, Zimmer 17, geltend zu machen.

Standesamt-Nachrichten vom 10. Juli. Sterbefälle:
Am 8. Juli Otto Bernuth, Pöndorf, 33 Jahre; Frau Mar-
garete Reusch, nee. Rand, 54 Jahre. Am 9. Juli Albert Dar-
mann, Postsekretär a. D., 69 Jahre.

Kurhaus, Theater, Vorträge, Vereine, usw.

Kurhaus. Heute Freitag findet vielseltigen Musikern unterbreitend ein Richard Wagner-Abend des Kurorchesters unter Leitung des hies. Kunstdirektors Herrn Carl Schürich im Kurgarten statt. Ausnahmeweise beginnt das Konzert bereits um 8 Uhr.

Naturisundpark. Die letzte Vitalisierungsveranlassung erfreute sich ausserordentlichem Interesse und ansehnlichem Verlauf. Es wurde u. a. beschlossen, Gemma, den 12. ds. Mts. folgende Wanderung auszuführen: Abfahrt früh 8.34 vom Hauptbahnhof nach Pa.-Schwabenau, Rasthof über Adolfsd., Seidenroth, Eisenfische, Dahn, zur Eiserne Hand; von hier mit Bahn oder zu Fuß zurück. Gatte willkommen. Tagesproviant und rote Pflöcke mitbringen. Die erforderliche Genehmigung ist erteilt.

Hinos, Unterhaltung und Vergnügungen.

Kristallpalast. In den unteren Restaurations-Räumen finden ab morgen Sonntag große Casino-Concerte statt unter vorzüglicher Leitung des Kapellmeisters Casella.

Aus den Vororten.

Biebrich.

Geheimes Langvergnügen. Ein Wirt im Stadtteil Balbirnhe hatte, wie die „Biber. Tagesz.“ meldet, es in letzter Zeit vorgezogen, täglich Tanzlustbarkeiten ohne jede Genehmigung abzuhalten. Als wieder etwa 40 Paare nach dem Klängen einer Hiebharmonika sich gemächlich drehten, erschienen plötzlich Polizeibeamte und stellten die Lustbarkeit ein. Ein gerichtliches Nachspiel dürfte für den Wirt die Folge sein.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

8. Rüdelsheim a. Rh., 9. Juli. In der letzten Stadtverordnetenversammlung gelangte ein Schreiben des Bürgermeisters Alberti zur Verlesung, mit dem dieser um seine Veretzung in den Ruhestand zum 1. Oktober d. J. ersucht. Die Versammlung fasste den Bescheid, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Man will sich dort über die Neuwahl besow. Ausschreibung schärfen werden. — Bürgermeister Alberti ist am 22. September 1882 zum Bürgermeister von Rüdelsheim gewählt worden. Mit Einführung der Stadtordnung vom 8. Juni 1801 erfolgt: keine Wiederwahl auf 12 Jahre, im Jahre 1803 wieder auf 12 Jahre und ebenso im Jahre 1815.

me. Frankfurt, 10. Juli. Kongress der Sasaretti-
inassen. Der für den 12. Juli nach Hamburg anbe-
raumte Kongress der Sasarettinassen, der bekanntlich wegen
der Unruhen in Hamburg verboten worden war, findet,
wie wir erfahren, nunmehr am 14. Juli in Frankfurt am
Main statt.

* **Frankfurt, 9. Juli.** Städt. Feuerungsabgaben. Die geprüfte Stadtverordnetenversammlung bewilligte unter Zustimmung sämtlicher Fraktionen die durch den Schlichtungsausschuß normierten Feuerungsabgaben für die städtischen Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrer für ein Duaral. (Juni, Juli und August.) Nach dem Antrag des Magistrats sollen die auf 4 Millionen bezifferten Kosten der erneuten Zulage durch Ueberschlag der im neuen Haushaltsplan vorgesehene Gemeindefinanzkürzung um weitere 10 Prozent erfolgen, die alsdann nicht gedeckten Kosten aus Kriegsfonds verrechnet werden. Es wurde die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die jetzt bewilligte Forderung die letzte ihrer Art gewesen sein möge und daß der Preisabban den Arbeitern und Beamten künftig das Auskommen mit ihren Bezügen ermögliche.

Der Friede und das Buch.

Anders, als erwartet, sieht er ein, tritt der heiß ersehnte Friedenszustand wieder in Kraft. Das lange Darren hat die Vorkreunde erschöpft, und unvermittelt folgt auf eine Zeit der Schreden ihr Ende. Mit wenigen dürren Zeilen nur wird das große Ereignis verkündet, das jetzt den Abschlus bringt nach fünf Jahren namenloser Qual und endlosen Bangens. Alles deutet auf die Ernüchterung, den Abbau der Hochspannung. Wird nun, und das ist hier die Frage, auf dem Büchermarkt, das Gegenteil von dem Gegenteil eintreten, wie wir es nach Kriegsausbruch erlebt haben? Das nämlich jetzt wie damals eine Hochflut von Verlegungen aller Voraussetzungen auf den Kopf gestellt, erneut die Wahrscheinlichkeitsberechnung zur Irrung wird. Das Nägelliegende wäre, anzunehmen, daß der wiedergekehrte Friede in gleichem Sinne wie 1914/15 eine Ueberraisung bringen wird. Niemand hätte bei Kriegsbeginn an eine Konjunktur des Buches gedacht, und doch ist sie, langsam zwar, aber sicher, in die, alle Vorräte ansehnliche Erreichung getreten. Für die Zeitperiode nach Friedensschluß abermals einen Hunger nach Lesehoff anzunehmen, dünkt unwahrscheinlich. Eher läßt die Beobachtung des öffentlichen Lebens und Treibens vermuten, daß die Neigungen der großen Masse weniger der geistigen Nahrung gelten als der Verleibung leichtster Wunsche. Das Beispiel, das Frankreich in dieser Hinsicht jetzt bietet, dürfte, wenn auch nicht im vollen Umfang, auch für die Verhältnisse auf dem deutschen Büchermarkt maßgebend sein. Im „Deuxième“ wird von einem Sommerverhandlung, dem Schriftsteller M. A. Diendonné, festgestellt, daß die französischen Verleger kaum noch etwas abgeben und daß selbst die Werke ihrer berühmtesten Verleger in riesiger Menge auf Lager bleiben. Wie bei uns, hatte der Krieg in Frankreich, dem Buchhandel glänzende Gewinne gebracht; trotz vielfacher Preisserhöhungen fand Alles Käufer, die unversäufte Stapelware, die unbedruckten Bücher lagen ab. Jetzt sieht Niemand mehr Käufer; man will sich zerstreuen und man will offenbar nachholen, was während des Krieges an Unterhaltung veräußert worden ist. So klagt der Gewürzmann des Pariser Blattes, und er fügt noch hinzu, daß die Ausstattungen der französischen Bücher ihren hohen Preisen nicht entspreche, während das deutsche und das englische Buch schon vor dem Kriege durch

Gericht und Rechtsprechung.

Eine Mutter und zwei Söhne zum Tode verurtheilt.
 Nr. Hannover, 10. Juli. Das Schwurgericht hat die Chefrat Sophia Buchmeier und ihre beiden Söhne, die Wismader Friedrich und Karl Buchmeier, sämtlich aus Delfsbogen in Schaumburg, wegen Mordes, des Vatermordes, begangen im Mai d. Js. zum Tode verurtheilt.

Fc. Beſtrafte Schweinediebe. Am 15. Mai d. Ab. war der Tagelöhner Karl Gozeliuß des Nachts gemeinſam mit den Arbeitern Georg und Karl Schwarz von hier in den Schweineſtall des Pannmehliſtes eingedrungen, um das dort befindliche Schwein zu ſtehlen. Gozeliuß und Georg Schwarz hielten in dem Stall ein Loch gebrochen, waren durch dasſelbe eingedrungen, während der Bruder Karl Schmiere ſah. Georg hatte dem Schwein zunächſt einen Stich in den Hals verſetzt. Gozeliuß aber war mit ſeinem Revolver auf das Tier losgegangen und ſab drei Schüſſe auf dasſelbe ab, die trafen. Als die Knüttelbrecher jedoch von außen Geräusch und Stimmen vernahmen, verſtießen ſie. Gozeliuß aber loßte Rutt und kehrte zu dem Schauplatz zurück, um das Schwein zu holen. Hier ſtieß er auf das inzwiſchen alarmirte Perſonal der Anſtalt und hatte mit dieſem einen ſtummen Kampf, wobei er abermals von ſeinem Revolver Gebrauch machte. Schließliß mußte er aber un- verrichteter Sache abgehen. Geſtern fand der Schweine-mord vor der Strafkammer. Das Gericht verurtheilte Gozeliuß wegen gemeinſchaftlich verſuchten ſchweren Diebſtahls, Abſigung und Bedrohung zu neun Monaten und einer Woche Gefängniß, die mit einer vor einigen Tagen gegen ihn erkannten Strafe von einem Jahr fünf Monaten zu zwei Jahren Gefängniß zuſammengerechnet wurden. Georg Schwarz und deſſen Bruder Karl kamen mit neun bezu- ſechs Monaten Gefängniß davon.

Fa. Eine interessante Entscheidung! Ein hiesiger Fuhrunternehmer wurde ungefähr vom französischen Polizeigericht Wiesbaden-Stadt zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt, weil er sich dem Gendarmenwachmeister in Wehen, einem deutschen Beamten, der aber Offizierbeamter der französischen Militärgerichte ist, widersetzt und denselben gefoltert hat. Der Wachmeister hatte den Fuhrunternehmer bei Renhof angehalten als derselbe mit seinem Fuhrwerk Karloffeln, Roggen und Futtermittel unbedenklicher Weise aus dem Untermainns ausführen wollte, worauf dieser den Beamten mit der Peitsche geschlagen und grob beleidigt hatte. Mit dem Falle beschäftigte sich auch die hiesige Strafkammer. Sie verurtheilte den Fuhrunternehmer wegen Offenslicher Beleidigung des Gendarmen zu 14 Tagen Gefängnis und wegen Verletzung — Ausfuhr von Karloffeln und Roggen aus dem Untermainnskreis — zu hundert Mark Geldstrafe, und sprach dem Beamten die Publikationsstrafe in „Karhoffeln“ zu. Wegen der Widerrechtlichkeit und Körperverletzung dem Beamten gegenüber aber stellte das Gericht das Verfahren ein. Die Kammer begründet das Letztere damit, daß Renhof und der größte Theil des Untermainns zum Brückenort Mainz gehört, der zufolge das Waffenstillstandsvertrage von der X. französischen Armee militärisch besetzt ist. Dieser Besetzung hat das deutsche Reich zugestimmt und damit zugestehen, daß im Brückenort Mainz auch die französische Militärverwaltungsbarkeit inbegriffen wird. Hieraus ergibt sich, daß die Entscheidungen der französischen Militärgerichte in diesem Gebiet als zu Recht bestehend ebenso anzuerkennen sind, wie die der deutschen Gerichte. Der Staatsanwalt hatte nämlich die Ansicht vertreten, daß nach deutschem Gesetz ausländischen Urtheilen die Anerkennung verweigert werden müsse, da die Urtheilsverlesung hierorts allein nicht genüge. Da nach allem Rechtsgrundsatz niemand wegen einer Straftat zweimal bestraft werden kann, der Anklage aber von dem hiesigen französischen Militärpolizeigericht wegen Widerrechtlichkeit und Körperverletzung dem Gendarmen gegenüber bereits bestraft worden ist, und diese Verbrechen des Angeklagten aber nochmals jetzt vor der Strafkammer unter Anklage gestellt worden wären, erkannte das Gericht nach den obigen Ausführungen auf Einstellung des Verfahrens.

Fe. Französisches Militär-Polizeigericht Wiesbaden. Band. In dem Feuerwerk der Strafe des Täufers Adam Ott in Trangenheim wurden zwei Gewehre, 15 Patronen, Zündkapseln und eine Handschuhe verhaftet vorgefunden. Ott erhielt deshalb acht Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. — Der 19-jährige Messergewisse Verthob Weiss aus Erbenheim wurde unfähig mit seinem Feuerwerk in Böck anzuhalten, als er die Grenze überschreiten wollte, um in Frankfurt Schlacht-

das verbesserte und verschönernte Aeußere die Käufer an-
gezogen hätten.

In Preussisch selbst also der Buchhandel steht unter den
Nöthen eines natürlichen Rückschlages. Bei uns spielt ein
solcher Rückschlag wohl eine gewisse Rolle, es sind aber auch
noch andere Umstände zu berücksichtigen, die auf den deut-
schen Buchermarkt bestimmenden Einfluß eben oder doch
andern lassen. Die politische Bewegung der letzten drei
Monate, der Umwälz in es vor allem, dessen Spiegelbild
in den Schaufenstern der Bücherläden und noch mehr in
den Aufschreien der Verleger bemerkbar wird. Und von
dem politischen Geiste her der „Allgemeinen“ sich, wie leicht
begreiflich, auf die Literatur, das Theater und die bildende
Kunst übertragen. Zeinbr ist die alte Gelegenheit für
Stürmer und Dränger gekommen. Diese versuchen denn
auch, mit Entschiedenheit und geknüpft auf ihre alten Be-
ziehungen nach „oben“, die Möglichkeiten des Heute aus-
zunutzen. Das bewirken eine Reihe gewagter Erstauffüh-
rungen in den Theatern und viele, noch angemessene litera-
rische Neuerichlungen. Man muß das Essen schmecken,
so lange es warm ist. . . . Hat doch der Umwälz bewirkt, daß
umwelts gerade die Verleger verbotener Kräfte fest an
mahnender Stelle sitzen, mit der Machtvollkommenheit der
früheren Zensoren ausgestattet, ihrer Zensur. Eine Zen-
sur im Sinne der Aufficht allerdings abt es nicht mehr.
Dafür ruht fest das souveräne Recht der Bevormundung
des Gesammten bei der Gesamtheit. Dieser neue Zensor
wird, das ist nicht zu zweifeln, seinen Einfluß auch unbe-
denkt zur Geltung bringen, wird ausgleichend und abweh-
rend wirken, wenn die Nothwendigkeit einer Remedur zum
Auslaß drängt. Dann erst wird sich erheben, was vor-
übergehend und was als das Dauernde aus dem Chaos der
Zerrungen und Wirrungen, der Wahnheiten und Nieder-
schläge sich behaupten kann. An Ueberraschungen bei die-
sem neuen „Kampf ums Festein“ wird es nicht fehlen, das
ist sicher. Und von der Art dieser Ueberraschungen wird
die kommende „Tendenz“ auf dem deutschen Buchermarkt
abhängen. Wir dürfen dabei voraussetzen, daß das Buch,
das in den Kriessahren ganz im Gegensatz zu der über-
flüssigen Anordnung keine Renaissance gefeiert hat, über
niederstehende Wardschreibungen des Heute zu einer neuen,
die Weiter beteiligenden Wiederentstehung gelangen wird. Und
zwar das alte Buch im Sinne des überreichen Erbsiis
deutscher Kultur.

* *

pfeder zu holen. Die Kontrolle fand auf dem Wagen einen ausgepackten Kasten mit 22 Pfund Schokolade. Das Gericht nahm Weiss in eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen und in eine Geldstrafe von 200 Mark. — Ein Neveborger und ein Doitz wurde gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei dem Besitzer Wilhelm Gref in Diebstadt vorgefunden. Urtheil: acht Tage Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe. — Bei dem Valentin Aromsion ebenfalls fanden sich zwei gefüllte Handgranaten. Er bekam 10 Mark Geldstrafe. — Alwin Rehn in Diebstadt erhielt kürzlich und dem unbesetzten Dausborn Besuch eines Bekannten. Von diesem Tage an schickte Rehn der Personalinspektion, inselge dessen ihm ein neuer ausgesetzt wurde. Mit dem alten wurde aber bald darauf der Gefangene abgelöst. Das Gericht nahm Rehn in eine Geldstrafe von 100 Mark. — Neun Einwohner von Dieblich und Döbblen erhielten wegen Appellverkenntnis und Verbrechen Geldstrafen von zehn bis dreißig Mark.

Dermisocytes.

Kaffee als Sprengstoff. Wenn manche Leute behaupten, wer mit dem Patentium zu tun habe, der habe nichts zu lachen, so ist das höchlich falsch, denn manche Patentaffären sind eine Fundgrube des Humors. Eine solche Probe von Patenthumor wird im „Prometheus“ mitgeteilt. Der Kaffee, der ja bei und heute so sehr geworden ist, und aus der Kaffeegalat, aus dem man ja bekanntlich auch die Kunst weisagen kann, sind von verschiedenen Erfindern als wertvolle Bestandteile von Explosivstoffen erkannt worden. Sozu am 9. December 1832 nahm ein gewisser Samuel Räder aus Frankfurt a. M. ein einseitiges Patent auf einen Chloräthylkaffee, der neben vertheiltem andern Bestandteilen getrockneten Kaffeesatz enthalten sollte. Wenn nun gleichen Sprengstoff, in dem ebenfalls Kaffeesatz und Weizenmehl enthalten waren, ließ sich in Constantin aus Darmstadt am 22. März 1872 durch das amerikanische Patentamt schützen. Aber nicht nur die Leute von „unsre dagumal“ waren so idiot, sondern noch am 23. Mai 1884 wurde an Chapman Shandhaus in Brooklyn ein amerikanisches Patent Nr. 141,000 erteilt. Es handelt sich dabei um einen Explosivstoff, der folgendermaßen hergestellt werden soll: In ein Fass werden ein Sechszehntel Teil Alumn und so viel flüssiger Kaffee angesetzt, daß Juter und Alumn durchdrungen sind. Die „Stärke“ des Kaffees, auf die es doch wahrscheinlich hauptsächlich ankommt, verschwindet der Erfinder glücklicherweise. Die Masse wird mit Holzgeist gereicht, bis alle Flüssigkeit verdampft ist; der feste Rückstand wird mit Asinimischelver vermengt und — der Sprengstoff ist fertig. In Deutschland hätte man solchen Sprengstoff während des Kriege freilich nur mit Hälfte des — Schießpulverpreis herbeikriegen können.

Das Aussterben der Bisonskizzen. Auf die Gefahr, daß das Aussterben der Bisons oder europäischen Bisonskizzen bevorsteht, machte in der letzten Sitzung der schwedischen Naturwissenschaftlichen Vereinigung in Stockholm Vorkommnisse der Bisons aufmerksam. Zunächst haben, wie einem Bericht des „Prometheus“ zufolge anführte, die Auswirkungen des Krieges in dem berühmten Bisonskizzen Park, der seit unendlichen Zeiten den Bisons beherbergt, den Bestand stark vermindert. Während vor dem Kriege noch ein Stamm von 750 Tieren vorhanden war, wurden 1918 noch 100—180 Bisons gezählt. Die deutsche Verwaltung hat sich bemüht, den noch vorhandenen Tieren Schutz angedeihen zu lassen, aber trotzdem ist das Vieh verarmt. Es ist es sehr fraglich, ob überhaupt noch eine Überwachung besteht und ob gegenüber dem zahlreichen in dem Park herumziehenden Gefährdungen ein Schutz der Tiere zu erzielen ist. Außer im Bisonskizzen Park kommt der Bison wild nur noch im westlichen Kanada in einem ungefähr 10 Quadratmeilen großen Bereich vor, wo im Jahr 1909 der Bestand auf etwa 100 Tiere geschätzt wurde. Aus dem Bisonskizzen Park wurden Bisons seit 1855 nach Bleck in Schottland verpflanzt; hier zählte man 1918 50 Tiere. Einzelne Ställe finden sich außerdem noch verteilt in Tiergärten, Menagerien usw. Im ganzen schätzte man 1918 die Zahl der Bisons in den genannten drei größeren Gärten auf 300—400 Tiere. Die Stockholmer Vereinigung beschäftigt ernsthafte Schritte zur Erhaltung des letzten Tieres am Leben.

Volkswirtschaft.

Handelsnachrichten.

Amerika im erfolgreichen Wettbewerb. Aus Kopenhagen, 5. Juli wird gemeldet: Ein dänischer Kaufmann, der dieser Tage von London hierhergekommen ist, erzählt in „Klotten 5“, daß man erst jetzt die unerböhlene Freude verheißt, mit der Amerika feiernd die Belebung des ganzen mehrdeutschen Deutschland durch die Entente begrüßt. Die Amerikaner haben nämlich diese Periode dazu benutzt, um das arme Land mit einer Fülle von Waren zu überflutenden. Die amerikanischen Waren stellen sich im Preise viel niedriger als die entsprechenden einländischen Erzeugnisse. Man erzählt, daß Amerika während des Balkan-Krieges allein in den belebten Teilen Deutschlands Waren für 24 Milliarden Kronen verkauft hat und daß in den Nachhaken der niederländischen Ostasienab Warenmengen für etwa 100 Milliarden Kronen liegen, die nach Aufheben der Blockade sofort nach Deutschland schickte werden sollen. (Die Zahlenangaben des dänischen Kaufmanns klingen ein wenig nach Donatsekreifen. Schriftst.)

Sandwirtschaft.

Landwirt Wilhelm Schlöder = Battersheim 7. Im Aus-
sicht der Landwirtschaftskammer veröffentlicht: der Vor-
sitzende, Hartmann-Eblich, folgenden Antrag: Das Mit-
glied der Landwirtschaftskammer für den Regierungs-
bezirk Wiesbaden Landwirt Wilhelm Schlöder in Bat-
tersheim ist am 14. Juni nach Angereim, schwerem Leiden
in fast vollendetem 61. Lebensjahre verstorben. Der Ver-
storbene gehörte seit 1908 der Landwirtschaftskammer als
Mitglied an. Die Kammer wird ihm, als ihrem bewährten
Mitarbeiter und Vertreter, hies ein ehrendes Andenken be-
wehren.

□ **Schlechte Obstandsliegen.** Aus der Wainseude, 8. Juli. Der Stand unserer Feldfrüchte läßt viel zu wünschen übrig. Der Roggen steht zwar auch etwas hoch, aber immerhin noch am besten von sämmtlichen Getreidearten. Die starken Dürre mit langen vollbesetzten Kehren sind schon hart gebleibt. Die Waid wird vertheuertlich noch in dieser Woche in Angriff genommen. Die Kartoffeln sind noch weit zurück; auf manchen Aedern stehen sie Lückenhaft. Die Gerste brachte durchschnittlich sowohl noch Güte wie Menge gute Erträge. Johannis-, Himbeeren und Stachelbeeren liefern kaum eine Mittelernte. Die Obsterte ist verblüht; in nächsten Tagen trifft man Birn- und Apfelbäume mit starkem Besatze an, bei der Mehrzahl der Obstbäume sieht man überhaupt keine Früchte hängen.

Verantwortlicher: Bernhard Grötsch.
Verantwortlich für den Inhalt und den Druck: H. Grötsch.
Für Kunst, Literatur, Musik, Wissenschaft und Volkswirtschaftlichen Zeit:
H. G. Grötsch; für Kunst, Wissenschaft, Volkswirtschaftlichen, Zeit und
Sport: H. G. Grötsch; für die Zeitungen: H. G. Grötsch.
Druck u. Verlag: der Reichsdruckerei Verlagsgesellschaft m. b. H.

